



LANDESPOLIZEI
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Jahresbericht 2020

Landespolizei Fürstentum Liechtenstein



Inhaltsverzeichnis

1	Schwerpunkte der Landespolizei.....	6
1.1.	Polizeiliche Schwerpunkte	6
1.2.	Internationale Polizeikooperation	8
2	Personalbestand.....	8
3	Aus- und Weiterbildung	9
4	Landesnotruf- und Einsatzzentrale.....	9
5	Anonymes Hinweisgebersystem	10
6	Fachstelle Bedrohungsmanagement.....	11
6.1.	Häusliche Gewalt	12
7	Sicherheit.....	13
7.1.	Grundversorgung.....	13
7.1.1.	Ordnungs- und Sicherheitsdiensteinsätze	14
7.2.	Gemeinsame Patrouillen	14
8	Verkehr.....	15
8.1.	Verkehrsunfälle	15
8.1.1.	Verkehrsunfälle mit Fussgängern	16
8.1.2.	Verkehrsunfälle mit Fahrrädern.....	17
8.2.	Unfallursachen.....	17
8.3.	Verkehrsprävention	18
8.4.	Verkehrskampagnen und Kontrollen.....	19
9	Kriminalität.....	21
9.1.	Gesamtkriminalität und Aufklärungsquote	21
9.1.1.	Tatverdächtige Personen	22
9.2.	Jugendgewalt.....	22
9.3.	Rechte Gewalt	22
9.4.	Alpinpolizei	22
9.5.	Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten.....	22
9.6.	Kriminalprävention	23
9.7.	Kriminalstatistik	23
9.7.1.	Wirtschaftsdelikte.....	24
9.7.2.	Vermögens- und Eigentumsdelikte.....	24
9.7.3.	Gewalt- und Sexualdelikte	24
9.7.4.	Drogendelikte	25
9.7.5.	Digitale Kriminalität	25
9.7.6.	Migrationsdelikte.....	25
9.7.7.	Übriges Nebenstrafrecht.....	26

9.8.	Interpretierte Kriminalstatistik im Überblick.....	27
10	Internationale polizeiliche Zusammenarbeit.....	28
10.1.	Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit	28
10.2.	Schengen/SIRENE	28
10.3.	Nationales Zentralbüro Interpol.....	29
10.4.	Fahndungstreffer	29
10.5.	Europol	29
10.6.	Grenzüberschreitende Vernetzung	29
11	Waffen.....	30
11.1.	Waffenerwerbsscheine.....	30
11.2.	Waffentragbewilligungen	31
11.3.	Europäischer Feuerwaffenpass	31
12	Landesgefängnis.....	32
12.1.	Covid19-bedingte Besonderheiten.....	32
12.2.	Belegung im Landesgefängnis	32
12.3.	Betreuung.....	33
12.4.	Untersuchungshaft	33
12.5.	Strafvollzug im Ausland	33

Impressionen 2020



1 Schwerpunkte der Landespolizei

1.1. Polizeiliche Schwerpunkte

Die Arbeit der Landespolizei wurde 2020 massgeblich durch die Covid-19-Pandemie bestimmt. So wurde bereits im Februar zur Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Landespolizei ein Polizeisonderführungsstab CORONA eingerichtet. Er analysierte die Lage laufend und traf die notwendigen Massnahmen, um die Durchhaltefähigkeit der Landespolizei in Bezug auf die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit auch in der Pandemie sicherzustellen. So wurde bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine Maskenpflicht im Polizeigebäude eingeführt, die Dienstplanung zur Reduzierung des Ansteckungsrisikos umgestellt und eine Verzichtsplanung für den Fall erstellt, dass eine grössere Anzahl an Mitarbeitenden krankheitsbedingt ausfallen sollte. Erfreulicherweise war dies nie der Fall und die Landespolizei kam ohne nennenswerte Probleme durch das Pandemiejahr.

Während des Lockdowns im Frühjahr oblag es der Landespolizei, die Einhaltung der von der Regierung verfügten Verhaltensregeln für den öffentlichen Raum zu kontrollieren. Eine grosse Mehrheit der Bevölkerung hielt sich an die Vorgaben. Dennoch musste die Landespolizei insgesamt 58 Ordnungsbussen verhängen. Die meisten wegen der Missachtung des Versammlungsverbotes. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sich die Bevölkerung sehr verantwortungsbewusst verhalten hat und die Strategie der Landespolizei, bei Fehlverhalten im Dialog den rechtmässigen Zustand wiederherzustellen, erfolgreich war. Eine Radikalisierung der Gegner der behördlichen Covidmassnahmen - wie sie in anderen Ländern feststellbar war - blieb in Liechtenstein weitgehend aus. Doch nicht nur die Covid-19-Pandemie hat die Landespolizei beschäftigt. Auch die normale Polizeiarbeit hielt einiges an Herausforderungen bereit.

Eine Explosion in Triesen, ein Raubüberfall in Schaan, eine Bombendrohung gegen den Landtag sowie eine Bank in Vaduz und gewaltbereite Jugendliche auf dem Postplatz in Schaan - um nur ein paar Ereignisse zu erwähnen - haben die Landespolizei intensiv beschäftigt. Die Straftatbestände haben im Berichtsjahr - trotz der Covid-19-Pandemie - leicht um 4% auf 1'131 zugenommen. Allerdings fiel auch die Aufklärungsrate mit 34% bei den Vermögens- und Eigentumsdelikten und 78% bezogen auf die Gesamtkriminalität erfreulich hoch aus.

Bei den Vermögens- und Eigentumsdelikten ist ein Rückgang um 12% zu verzeichnen. Während die Einbruchs- und Diebstahlsdelikte pandemiebedingt um 45% bzw. 25% abgenommen haben, mussten leider 28% mehr Sachbeschädigungen registriert werden. Letzteres hängt auch mit der intensiven Ermittlungsarbeit gegen eine gewaltbereite Gruppe von Jugendlichen zusammen, die ihre Taten in den sozialen Medien als "Trophäen" dokumentierte. Die Landespolizei hat mit grossem Ressourceneinsatz die Lage in Schaan beruhigt und auch mehrere Personen zur Anzeige gebracht. Zwei Personen wurden vorübergehend in Untersuchungshaft genommen. Ebenfalls sind in diesem Kontext die 23 zusätzlichen Gewalttatbestände zu sehen. Unerfreulich ist, dass sich Angriffe gegen Polizeibeamte mehr als verdoppelt haben.

Ein starker Zuwachs ist auch bei den Anzeigen wegen Betäubungsmitteldelikten feststellbar (33%). 81% aller Verzeigungen wurden dabei wegen Eigenkonsum - vorwiegend von Cannabis und Kokain - erstattet. Zu dieser Zunahme haben auch Grossverfahren gegen teilweise international vernetzte Personen in Liechtenstein beigetragen. Beachtenswert ist, dass ein Drittel aller ermittelten Tatverdächtigen

Pandemie prägte auch die Arbeit der Landespolizei im Berichtsjahr. Die Sicherstellung des polizeilichen Grundauftrags stand dabei im Zentrum.

Die grosse Mehrheit der Bevölkerung hielt sich an die Vorgaben der Regierung während des Lockdowns im Frühling.

Erfreuliche Reduktion bei den Vermögens- und Eigentumsdelikten um 12%.

minderjährig war. In einem besonders schweren Fall von Beschaffungskriminalität verübte eine minderjährige Konsumentin sogar einen bewaffneten Raub, um an die Betäubungsmittel zu gelangen. Die an sich unerfreulichen Zahlen zeigen jedoch deutlich, wie aktiv die Landespolizei in der Bekämpfung der Drogenkriminalität ist. Denn Betäubungsmitteldelikte sind ein "Kontrolldelikt". Bei einem Drogendeal erstattet keiner der Beteiligten Anzeige. Nur wenn die Polizei proaktiv kontrolliert und ermittelt können Betäubungsmitteldelikte aufgedeckt werden. Nichtsdestotrotz muss im Betäubungsmittelbereich ein erhebliches Dunkelfeld vermutet werden.

Die Wirtschaftsdelikte reduzierten sich leicht um 2%. Die Belastung der Finanzermittler und Finanzermittlerinnen hat deswegen jedoch nicht abgenommen. Die Ermittlungen in Wirtschaftsstrafverfahren - teilweise mit inhaftierten Tatverdächtigen - binden erhebliche Personalressourcen. In den mehrheitlich sehr komplexen Wirtschaftsstraffällen müssen umfangreiche Dokumente und Unterlagen ausgewertet, Geldflussanalysen erstellt und unzählige Personen befragt werden. Die Belastung war im Berichtsjahr nach wie vor so gross, dass nicht sämtliche Fälle und Gerichtsaufträge zeitnah erledigt werden konnten. Aus diesem Grund wurde die Anzahl der Finanzermittler bei der Landespolizei aufgestockt, was mittelfristig zu einer wesentlichen Entlastung führen sollte. Ausreichend personelle Ressourcen bei der Landespolizei sind für eine effiziente und effektive Verfolgung von Wirtschaftsdelikten unerlässlich. Denn die Anzahl und Komplexität der Wirtschaftskriminalitätsfälle, verbunden mit einem umfassenderen Ermittlungsansatz bei der Geldwäschereibekämpfung, fordert das Strafverfolgungssystem bis an seine Grenzen.

Die Anzahl der Finanzermittler wurde aufgrund der Belastung aufgestockt.

Ebenfalls ist eine starke Zunahme der registrierten Straftaten aus dem Bereich der digitalen Kriminalität festzustellen. Zwar weist die Kriminalstatistik diese erst seit 2019 aus und doch ist schon im 2020 eine sehr starke Zunahme zu verzeichnen. Die Digitalisierung der Kriminalität geht einher mit der zunehmenden digitalen Durchdringung unseres Alltags. Eine Entwicklung, die sich in den kommenden Jahren noch massiv verstärken wird. Die Digitale Kriminalität muss denn auch ein inhaltlicher Schwerpunkt für die Landespolizei in den kommenden Jahren bilden. Bereits im 2021 wird mit der Schaffung eines neuen Kommissariats Digitale Kriminalität (DK) und eines personellen Ausbaus dieses Bereichs ein erster Schritt gesetzt.

Starke Zunahme der digitalen Kriminalität und Handlungsbedarf bei der Landespolizei.

Angesichts des breiten Aufgabenfeldes der Landespolizei ist denn auch die kontinuierliche Personalrekrutierung und Personalentwicklung eine stete Herausforderung für die Polizeiführung. Nur so kann angesichts neuer Phänomene und Gefahren der polizeiliche Grundauftrag 'Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der Strafverfolgung in Liechtenstein' auch erfüllt werden. Es ist daher erfreulich, dass im Herbst ein junger Polizist und eine junge Polizistin vereidigt und ins Korps der Landespolizei aufgenommen werden konnten. Und zwar ein Jahr früher als ursprünglich geplant. Denn eigentlich sollten sie als erste Aspiranten die neue zweijährige Grundausbildung absolvieren. Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurde von den Schweizer Behörden im Frühjahr jedoch entschieden, den Lehrgang nach einem Jahr zu beenden und den Start der zweijährigen Ausbildung auf Herbst 2020 zu verschieben. Für die Landespolizei haben im Herbst wiederum ein Aspirant und eine Aspirantin ihre Polizeiausbildung an der Polizeischule Ostschweiz begonnen. Es sind nunmehr die ersten beiden Aspiranten der Landespolizei, die eine zweijährige Grundausbildung absolvieren (Polizeischule 2020/22).

Der Internetauftritt der Landespolizei wurde im Berichtsjahr überarbeitet und im November die neue Homepage aufgeschaltet. Ebenfalls eine Überarbeitung soll die

Facebook und Instagram sind wichtige digitale Kanäle für den interaktiven Austausch mit der Bevölkerung.

beliebte Polizei-App erfahren, da sie ebenfalls schon in die Jahre gekommen und technisch veraltet ist. Im April 2021 soll die überarbeitete Version im App-Store zu Verfügung stehen.

Die Präsenz der Landespolizei in der digitalen Welt und die Nutzung digitaler Kommunikationskanäle wie Facebook und Instagram hat sich gerade im Berichtsjahr als sehr wichtig erwiesen. Mittels dieser Kanäle kann die Landespolizei schnell und direkt Informationen an die Bevölkerung verbreiten und auch Hinweise entgegennehmen. Im Frühjahr lancierte die Landespolizei erfolgreich die „Social Media“-Kampagnen „Wir gehen für euch raus. Bleibt ihr für uns daheim!“ und „Abstand halten – #actresponsibly #bleibtgesund“ zur Unterstützung der Verhaltensanweisungen der Regierung im Lockdown.

Im Berichtsjahr wurde ein anonymes Hinweisgebersystem bei der Landespolizei eingeführt. Seit April können der Landespolizei anonym Hinweise zu Wirtschafts- und Korruptionsdelikten, Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung übermittelt werden. Anonyme Hinweise sind für Polizei- und Justizbehörden nichts Neues. Neu ist aber, dass die Landespolizei mit den anonymen Hinweisgebern eine Kommunikation aufbauen und so die Glaubwürdigkeit der geäußerten Verdachtshinweise verifizieren kann. Die Erfahrungen der ersten Monate sind sehr vielversprechend. Drei Verdachtshinweise konnten bereits zur rechtlichen Beurteilung an die Staatsanwaltschaft übermittelt werden.

1.2. Internationale Polizeikooperation

Die Internationale Polizeikooperation nimmt einen sehr hohen Stellenwert ein. Kriminalität, Terror und Migration sind grenzüberschreitende Phänomene, die ohne enge und rasche internationale Polizeizusammenarbeit nicht mehr erfolgreich bekämpft werden können. Mit hohem Druck werden daher aktuell die bestehenden europäischen Sicherheitsinformationssysteme weiterentwickelt (SISrecast) und neue Abfragesysteme eingeführt (EES, ETIAS). Im Oktober und November wurden von Expertenteams der Schengenstaaten die Umsetzung des Schengen-Acquis durch Liechtensteins erneut evaluiert. U.a. wurden dabei das SIRENE-Büro und die Prozesse der Polizeikooperation vor Ort vertieft überprüft. Die Berichtsentwürfe zu SIS-SIRENE und zur Polizeikooperation fallen sehr positiv aus und stellen der Landespolizei ein grundsätzlich gutes Resultat aus.

Ebenfalls für unser Land und die Landespolizei sehr wichtig war der Besuch des INTERPOL-Generalsekretärs Jürgen Stock im August in Liechtenstein. Liechtenstein ist seit 1960 INTERPOL-Mitglied. Seither ist die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation für die Landespolizei ein wichtiger Partner in allen Fällen, die Bezüge über Europa hinaus haben. Jürgen Stock war nach Ronald K. Noble 2010 erst der zweite Generalsekretär, der Liechtenstein einen offiziellen Besuch abstattete.

2 Personalbestand

Die Landespolizei verfügt im Berichtsjahr über einen Sollbestand von 131 zzgl. zwei Überhangstellen (exkl. Landesgefängnis). Ende 2020 waren bei der Landespolizei insgesamt 126.2 Stellen (exkl. Landesgefängnis) besetzt (2019: 123.7). Davon waren 88.5 Stellen von Polizisten und Polizistinnen mit hoheitlichen Funktionen, 17.2 Stellen von zivilen Mitarbeitenden mit Polizeifunktionen (Kriminaltechnik, IPK, etc.) und 18.5 Stellen von Verwaltungsangestellten besetzt. Zudem befinden sich seit Oktober 2020



Die enge und rasche internationale Polizeizusammenarbeit ist im Kampf gegen Kriminalität, Terror und Migration enorm wichtig.

Generalsekretär von Interpol stattet Liechtenstein und der Landespolizei einen offiziellen Besuch ab.

zwei Polizeiaspiranten in Ausbildung, welche im Herbst 2022 bei erfolgreichem Abschluss der zweijährigen Grundausbildung ins Korps aufgenommen werden. Unterstützt wurde die Landespolizei durch 32 Bereitschaftspolizisten und -polizistinnen. Beim Landesgefängnis waren 6.0 Stellen mit Vollzugsbeamten besetzt.

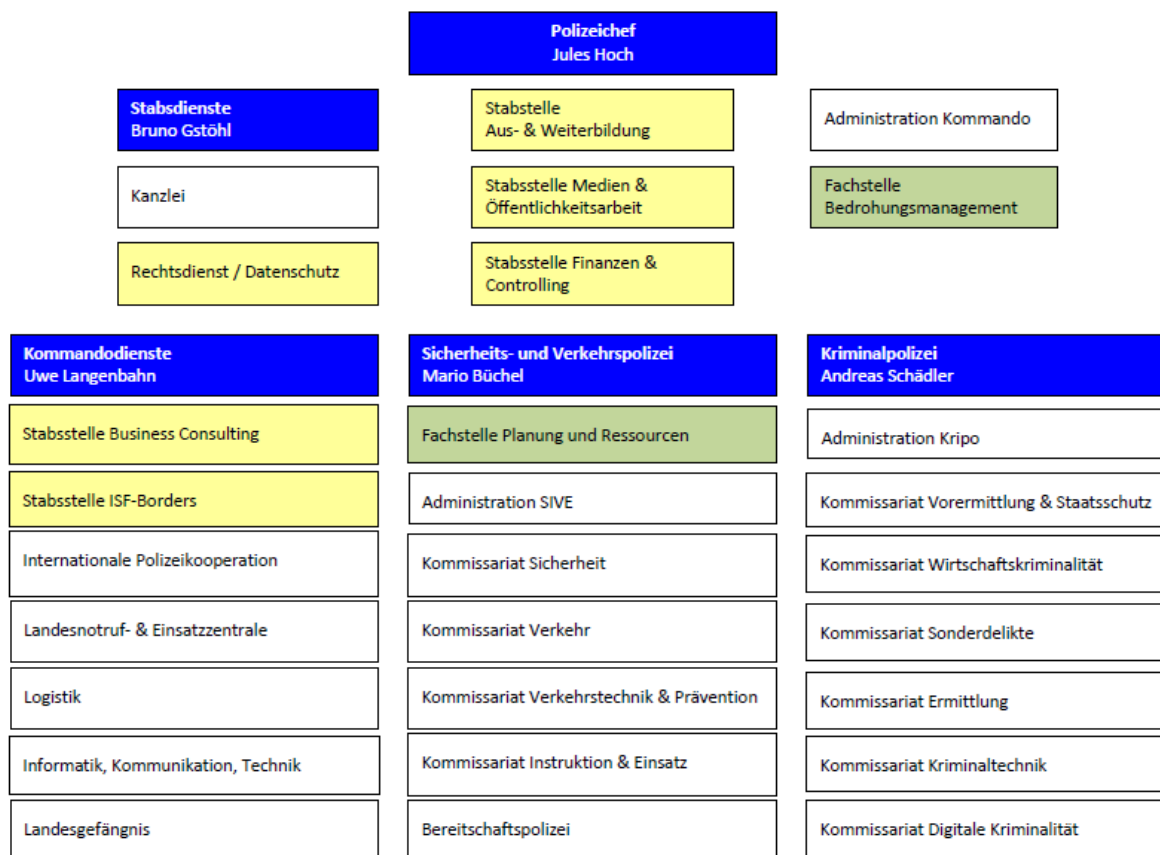


Abb.: Organigramm der Landespolizei

3 Aus- und Weiterbildung

Die interne wie externe Aus- und Weiterbildung genießt in der Landespolizei einen hohen Stellenwert. Polizistinnen und Polizisten absolvierten im Berichtsjahr verschiedene berufsbezogene Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Führung sowie zu sicherheits- bzw. kriminal- und verkehrspolizeilichen Themen.

Die Mitarbeiter der Landespolizei absolvierten diese Weiterbildungen vor allem beim Schweizerischen Polizeiinstitut (SPI), bei befreundeten Kantonspolizeikorps sowie Themen bezogen auch bei polizeilichen Ausbildungseinrichtungen in Österreich und Deutschland. Aufgrund der Pandemie wurden im Berichtsjahr jedoch praktisch alle Weiterbildungen abgesagt.

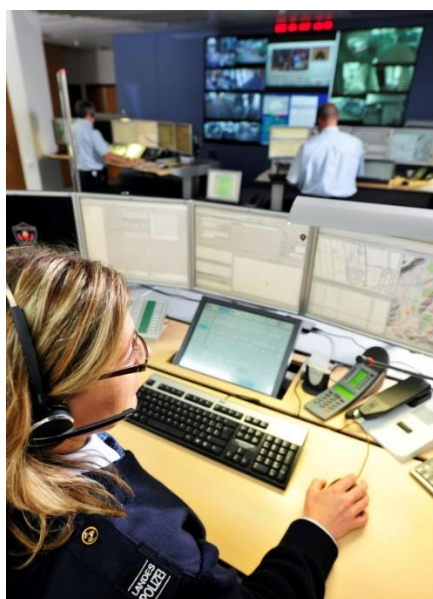
4 Landesnotruf- und Einsatzzentrale

Die Landespolizei ist während 365 Tagen im Jahr 24 Stunden im Dienst. Dies gilt auch für ihr Herzstück, die Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ). Rund um die Uhr sind zwei Einsatzdisponenten im Dienst, nehmen sämtliche Polizei- und Sanitätsnotruf entgegen und leiten die nötigen Sofortmassnahmen ein.

Im Berichtsjahr nahmen die Disponenten der LNEZ über die Notrufnummern 112 (internationaler Notruf), 117 (Polizeinotruf), 118 (Feuerwehrnotruf) sowie 144 (Sanitätsnotruf) insgesamt 6'131 Meldungen entgegen (2019: 6'768). Dies bedeutet eine Abnahme um 9%. Der grösste Teil der Anrufer wählte den Polizeinotruf 117, gefolgt vom Sanitätsnotruf 144 und dem internationalen Notruf 112. Aus den eingegangenen Meldungen wurden insgesamt 6'208 Einsätze (Polizei 3'994; Sanität 2'108; Feuerwehr 106) disponiert, was eine leichte Abnahme darstellt (2019: 6'245). Gesamthaft sind dies durchschnittlich 17 disponierte Einsätze pro Tag.

Dass trotz eines Rückgangs der Notrufe die Anzahl der disponierten Einsätze fast gleichgeblieben ist, verweist auf die höhere Qualität der Notrufe. Die Notrufnummern wurden nur gewählt, wenn tatsächlich auch ein Notfall vorlag.

*Durchschnittlich wurden
17 Einsätze pro Tag disponiert.*



5 Anonymes Hinweisgebersystem

Die Landespolizei hat im April 2020 eine mit modernster Technik gesicherte Hinweisgeberplattform zur Abgabe von offenen sowie auch anonymen Verdachtsmeldungen eingeführt. Hinweisgeber können seitdem weltweit und rund um die Uhr Meldungen zu den nachfolgenden Bereichen (Schwerpunkten) abgeben:

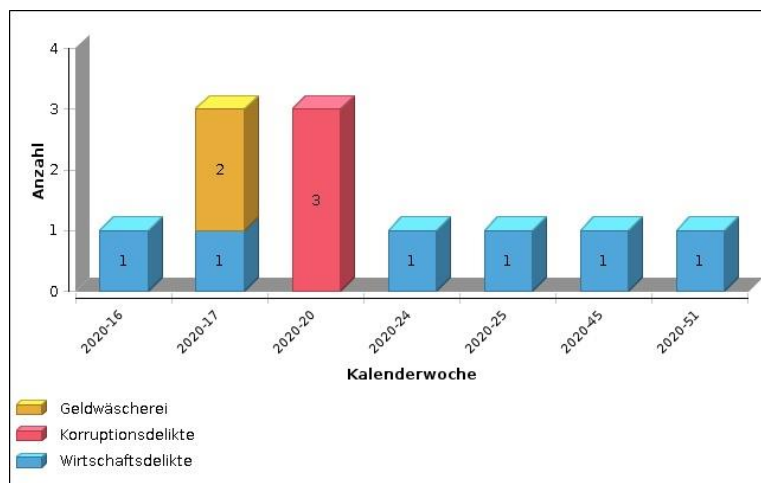
- Geldwäscherei
- Terrorismusfinanzierung
- Wirtschaftsdelikte
- Korruptionsdelikte

Bei der Nutzung des Hinweisgebersystems werden keine IP-Adressdaten, Zeitstempel oder sonstige Metadaten protokolliert. Sofern der Hinweisgeber seinen Namen bei der Meldungsabgabe nicht angibt, erfolgt die Kommunikation – technisch sichergestellt – völlig anonym. Durch das Einrichten eines eigenen, geschützten Postkastens kann der Hinweisgeber zudem mit spezialisierten Ermittlern der Kriminalpolizei über das System kommunizieren.

Im Zeitraum von April 2020 bis Dezember 2020 wurden insgesamt 1'601 Zugriffe auf die Hinweisgeberplattform registriert. Dabei sind 11 Verdachtsmeldungen erstattet worden, welche durch die spezialisierten Ermittler bearbeitet wurden. In drei Fällen erfolgte eine Berichterstattung an die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft und ein Fall wurde an die Financial Intelligence Unit sowie die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein weitergeleitet.

Von April bis Dezember gingen 11 Verdachtsmeldungen ein.

Schwerpunkte/Kalenderwoche:



6 Fachstelle Bedrohungsmanagement

Der im Vorjahr begonnene Aufbau der Fachstelle Bedrohungsmanagement (FBM) konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Leider war die für das Bedrohungsmanagement wichtige Netzwerkarbeit im In- und Ausland aufgrund der Covid-19-Pandemie nur sehr eingeschränkt möglich. Umso mehr war die Fachstelle damit befasst, die neuen Abläufe, die Dokumentationssysteme und die qualitätssichernden Merkmale vor dem Hintergrund der praktischen Fallerfahrung zu überprüfen und zu optimieren.

Im Berichtsjahr ergingen 60 Meldungen an die FBM. Bei fünf Eingängen handelte es sich um Wiederaufnahmen bereits abgeschlossener Fälle, zehn Anfragen wurden als anonyme Verhaltensberatung durchgeführt. Jene 50 Meldungen, die von der Fachstelle einer Erstbeurteilung hinsichtlich erhöhter Gewaltbereitschaft unterzogen wurden, lassen sich wie folgt kategorisieren:

Kategorien erhöhter Gewaltbereitschaft	2020
Häuslicher Gewalt	16
Bedrohliches Verhalten gegenüber einer Behörde/Institution	11
Psychische Auffälligkeit	10
Bedrohliches Verhalten allgemein	9
Bedrohliches Verhalten am Arbeitsplatz	2
Extremismus	1
Stalking	1

Die Massnahmen der FBM umfassen nach einer Situationserhebung und Erstbeurteilung primär die Verhaltensberatung von Betroffenen. In vielen Fällen konnte eine Deeskalation bewirkt und eine Entlastung der Betroffenen erreicht werden. Wenn angezeigt führte die Fachstelle zudem eine Gefährderansprache durch, um die Sichtweise des Störers zu erheben und Hilfestellungen zum Ausstieg aus der Konfliktspirale anzubieten. Sowohl Betroffene als auch Störer profitierten in vielen Fällen von einer Triage an andere Fachstellen, die sie in der gewaltfreien Problemlösung unterstützen und bei zunehmenden Belastungen frühzeitig intervenieren können. Die Fachstelle behält dabei ihre Koordinationsfunktion gerade in komplexen und mittel- bis längerfristigen Konfliktsituationen.

6.1. Häusliche Gewalt

Nachdem 2019 die Fachstelle Bedrohungsmanagement zur Koordinationsstelle Häusliche Gewalt bei der Landespolizei bestimmt worden war, wurden per 01. Januar 2020 Anpassungen in Bezug auf die Begriffsdefinition und die statistische Erfassung eingeführt. Damit wird die internationale Vergleichbarkeit des Gewaltphänomen «Häusliche Gewalt» in Liechtenstein verbessert. Allerdings kann dadurch die vorliegende Statistik nicht mehr mit jener des Vorjahres verglichen werden. Auch fallen die Zahlen deutlich höher aus, da sich die Definition des Phänomens neu am breiteren Verständnis der Istanbul Konvention orientiert. So gelten neu beispielsweise auch Vorfälle zwischen getrenntlebenden Intimpartnern als Häusliche Gewalt.

2020 wurden 75 Interventionen unter dem Phänomen Häusliche Gewalt erfasst. In 24 Fällen kam es zu einer Anzeigerstattung.

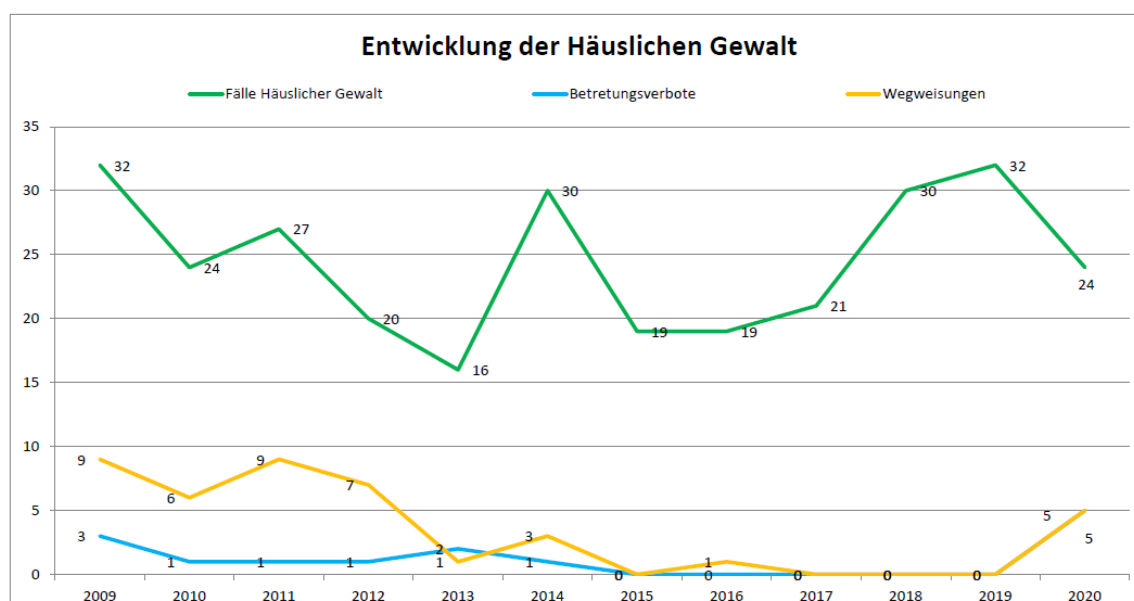
Im Berichtsjahr widmete sich die Koordinationsstelle Häusliche Gewalt insbesondere der Eventualplanung im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie, da aufgrund verschiedener Massnahmen (Homeoffice, Beschulung zuhause, Wegfall diverser Freizeit- und Unterstützungsangebote) vermehrt Konflikte im häuslichen Rahmen befürchtet wurden. Rückblickend lässt sich für das Berichtsjahr jedoch kein unmittelbar mit der Pandemie zusammenhängender Anstieg von Fällen feststellen, die eine Polizeiintervention erforderten.

Insgesamt sind 75 Interventionen unter dem Phänomen Häusliche Gewalt erfasst worden. In 24 Fällen kam es zu einer Anzeigerstattung. Die Massnahmen der Landespolizei im Überblick:

Massnahmen betreffend Häuslicher Gewalt	2020	2019
Deeskalierendes Gespräch	39	
Triage / Vermittlung weiterer Hilfen (v.a. Amt für Soziale Dienste)	71	
Aufbieten anderer Hilfen vor Ort (v.a. Kriseninterventionsteam, Notarzt)	14	
Polizeiliche Wegweisung	5	
Betretungsverbot	5	
Polizeigewahrsam	2	
Gefährderansprache FBM	3	

Die Beteiligten von Fällen Häuslicher Gewalt im Überblick:

Beteiligte Häusliche Gewalt	2020	2019
Täter männlich	33	30
Täter weiblich	13	6
Opfer/Beteiligte männlich	47	10
Opfer/Beteiligte weiblich	59	30
Täter jugendlich	5	
Opfer /Beteiligte jugendlich (davon 2 nicht unmittelbar von Gewalt betroffen)	13	
Kinder (<14 Jahre) (davon 8 nicht unmittelbar von Gewalt betroffen)	24	
Fälle ohne Täterrollen (z. B. Streitigkeiten) (Beide als Opfer/Betroffene erfasst)	29	



7 Sicherheit

7.1. Grundversorgung

Die Sicherheits- und Verkehrspolizei ist für die polizeiliche Grundversorgung zuständig und steht mit einem Schichtdienst rund um die Uhr im Einsatz. Bei sämtlichen Notrufen und Unfallmeldungen rückt die Sicherheits- und Verkehrspolizei zur Erstintervention vor Ort aus. Dabei decken die Mitarbeitenden ein breites Spektrum von Einsätzen ab: Verkehrsunfälle, Arbeitsunfälle, Häusliche Gewalt, Alarm- und andere sicherheitspolizeiliche Ausrückungen (z.B. Suizidankündigungen, Vermisstmeldungen etc.), Straftaten und Widerhandlungen gegen das Nebenstrafrecht (Waffenrecht, Umweltrecht u.a.).

7.1.1. Ordnungs- und Sicherheitsdiensteinsätze

Die Landespolizei hatte im Berichtsjahr Corona-bedingt keine Ordnungsdiensteinsätze bei Fussballspielen (2019: 3). Für Sicherheitsdienste bei Fussballspielen wurden daher lediglich 58 Polizisten und Polizistinnen eingesetzt. Im Rahmen des Ostpol-Konkordats bzw. der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) erfolgten zwei Ordnungsdiensteinsätze in der Schweiz. Ebenfalls hat die Landespolizei die Kantonspolizei Graubünden während rund einer Woche am World Economic Forum WEF in Davos unterstützt. Insgesamt wurden 45 spezielle Sicherheitsdienste (Neujahrsempfang, Staatsfeiertag, Assistenzeinsätze der Interventionseinheit, etc.) geleistet und damit 21 mehr als im Vorjahr (2019: 24). Der Anstieg resultiert aus den Sondereinsätzen am Postplatz und dem Busbahnhof in Schaan, wo gewaltbereite Jugendliche eine verstärkte Polizeipräsenz erforderlich machte.

Im Jahr 2020 gab es keine Ordnungsdiensteinsätze im Inland.

Während des Lockdowns im Frühjahr überwachte die Uniformpolizei in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) über mehrere Wochen die grüne Grenze zwischen Liechtenstein und Österreich. Um diese zusätzliche Aufgabe bewältigen zu können wurde neben einer Verzichtsplangung auch der Dienstplan umgestellt, um eine Ansteckung mit dem Coronavirus möglichst zu minimieren.

Sicherheitspol. Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)	2020	2019
Ordnungsdiensteinsätze im Inland	0	3
Ordnungsdiensteinsätze im Ausland	2	1
Einsatzkräfte Fussballspiele Inland	58	289
Einsätze Sicherheitsdienst	45	24
Einsätze der Interventionseinheit	3	3
Einsätze Personenschutz	5	11

Die Einsätze der Sondereinheit IVE blieben im Berichtsjahr gleich wie im Vorjahr. So wurden drei Einsätze mit hohem Gefährdungspotential registriert. Im Bereich Personenschutz waren fünf Einsätze zu verzeichnen.

7.2. Gemeinsame Patrouillen

Seit mehr als 15 Jahren patrouillieren Polizisten der Landespolizei regelmässig mit Kollegen aus Österreich und der Schweiz. Gestützt auf den trilateralen Polizeikooperationsvertrag FL-A-CH werden monatlich gemeinsame Patrouillen in der Dreiländerregion gefahren. Gemeinsam mit der Kantonspolizei St. Gallen, der Landespolizei Vorarlberg und dem Schweizerischen Grenzwachtkorps wurden bei 11 Einsätzen insgesamt 64 Einsatzstunden geleistet. Dabei wurden vor allem Personen-, Fahrzeug- und Barmittelkontrollen durchgeführt und Tatbestandsaufnahmen unterstützt.



8 Verkehr

8.1. Verkehrsunfälle

Diese statistischen Zahlen betreffen lediglich Unfälle, welche der Landespolizei gemeldet und von dieser auch rapportiert wurden.

Die Verkehrsunfälle im Berichtsjahr haben abgenommen (2020: 408 / 2019: 509). Gründe dafür dürften primär der Rückgang des Individualverkehrs während des Lockdowns im Frühling sein. Aber auch die neu lancierte Ablenkungskampagne #streetfluencer dürfte Wirkung gezeigt haben. Denn mangelnde Aufmerksamkeit ist nach wie vor der Hauptgrund für Verkehrsunfälle in unserem Land.

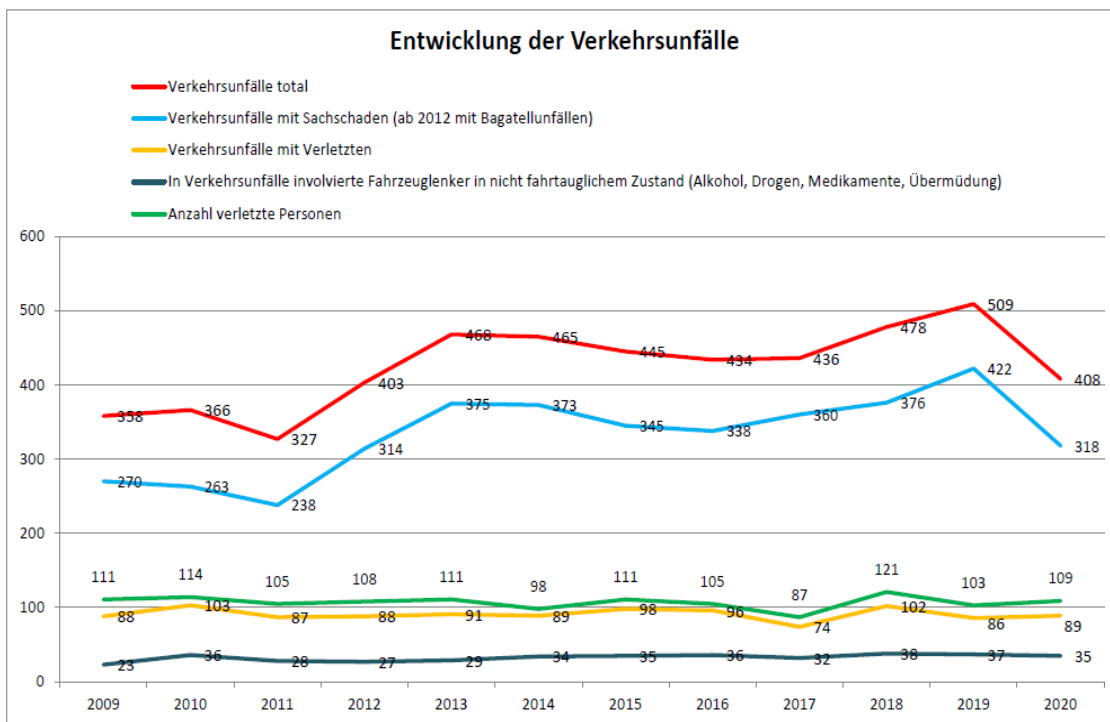
Die Verkehrsunfälle haben stark abgenommen. Die Unfälle mit Verletzten hingegen leicht zugenommen.

Die Anzahl der Unfälle mit Verletzten hat dennoch um drei von 86 (2019) auf 89 zugenommen. Die Anzahl der dabei verletzten Personen nahm erfreulicherweise nur gering zu (2020: 109; 2019: 103). Davon verletzten sich 27 Personen schwer. Im Berichtsjahr kam es zu einem Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang.

Bei knapp einem Drittel der Verkehrsunfälle mit Sachschaden lag ein Nichtgenügen der Meldepflicht vor. Insgesamt konnten 49% der Täter durch die Landespolizei ermittelt werden. 85% aller Verkehrsunfälle fanden innerorts statt, nur 60 Unfälle wurden auf Strassen ausserorts registriert.

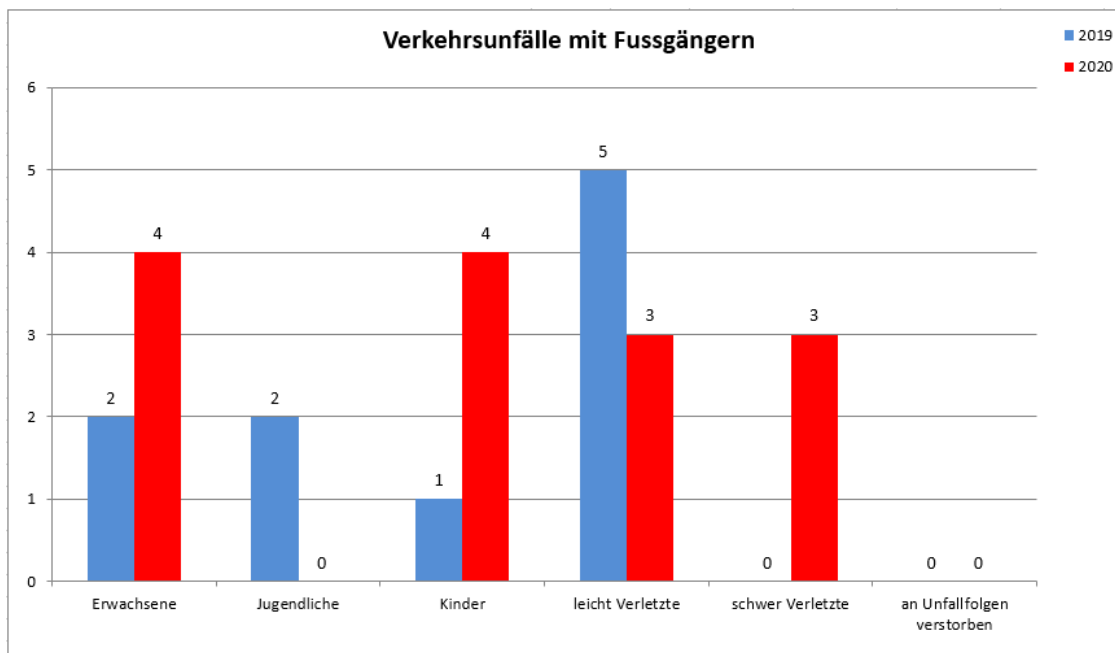
Die Anzahl der von nicht fahrfähigen Lenkern verursachten Unfälle ist mit 35 (2019: 37) fast gleichgeblieben. Darunter fallen jegliche Fahrzeuglenker, welche unter Alkohol-, Drogen- oder Medikamenteneinfluss standen oder übermüdet waren.

Verkehrsunfallstatistik	2020	2019
Verkehrsunfälle total (inkl. Nichtgenügen der Meldepflicht)	408	509
davon Unfallort innerorts	348	444
davon Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang	1	0
dabei Verkehrstote	1	0
davon Verkehrsunfälle mit Verletzten	89	86
dabei verletzte Personen	109	103
davon Verkehrsunfälle mit Sachschaden (inkl. Bagatellunfälle und Parkschäden)	318	422
davon Nichtgenügen der Meldepflicht	113	144
davon Täter ermittelt	49%	40%



8.1.1. Verkehrsunfälle mit Fussgängern

Die Verkehrsunfälle mit Fussgängern sind im Berichtsjahr gestiegen. Mit acht Unfällen wurden drei mehr verzeichnet als 2019. Vier Erwachsene und vier Kinder waren in Unfälle involviert. Jeweils drei Unfallbeteiligte wurden leicht bzw. schwer verletzt.

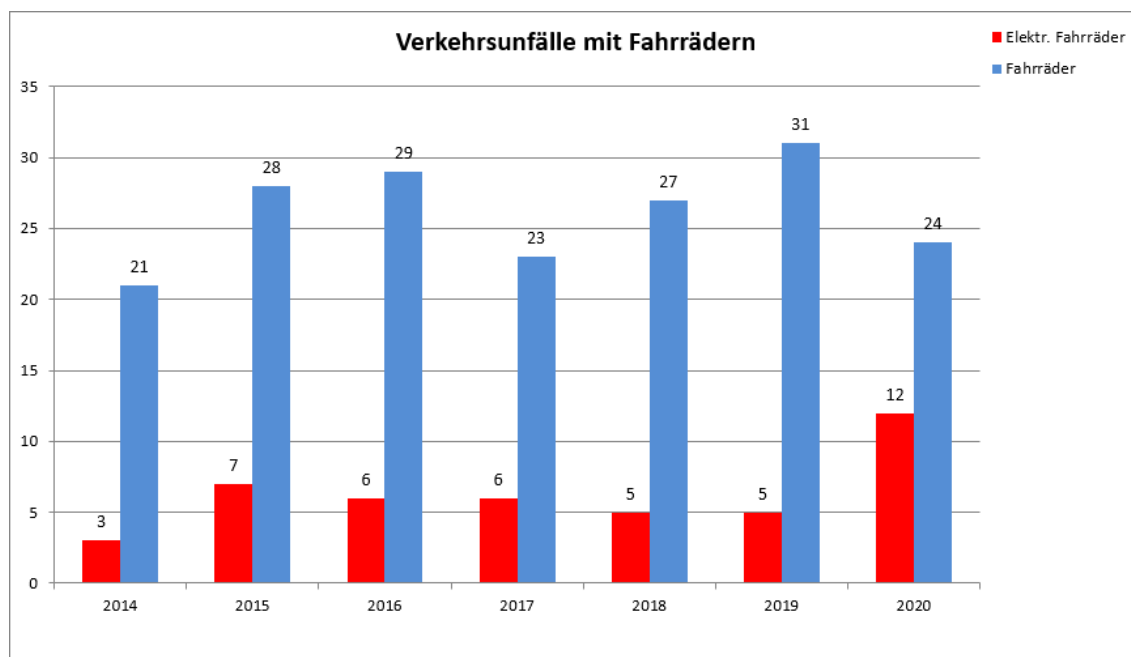


8.1.2. Verkehrsunfälle mit Fahrrädern

Die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Fahrrädern ist im Vergleich mit 2019 gleichgeblieben. E-Bikes erleben auch in Liechtenstein einen Boom. Leider haben sich die Unfälle mit Elektro-Fahrräder dadurch mehr als verdoppelt.

Bei 33% der Fahrradunfälle waren E-Bikes involviert.

Das Fahren eines E-Bikes ist mit einem erhöhten Risiko verbunden, da Fussgänger und E-Biker die Geschwindigkeit und damit auch den Bremsweg oft unterschätzen.



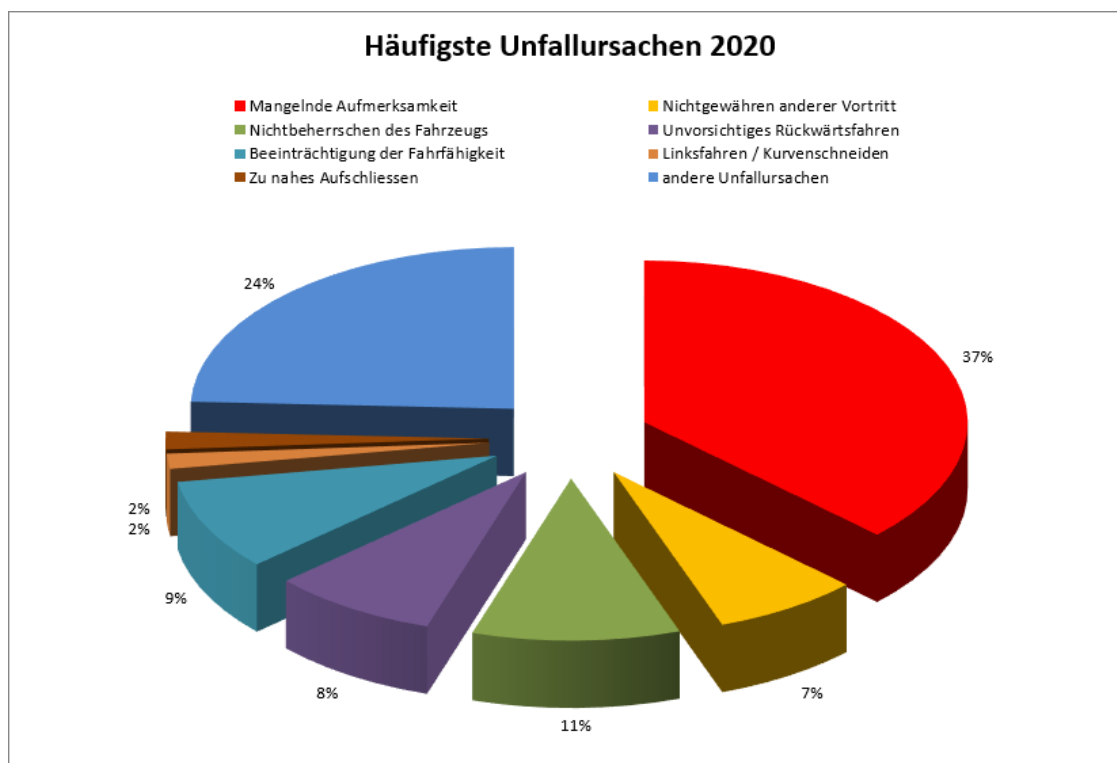
8.2. Unfallursachen

Wie bereits in den vergangenen Jahren war auch im Berichtsjahr wieder mangelnde Aufmerksamkeit die Hauptunfallursache auf Liechtensteins Strassen. Mehr als ein Drittel aller Unfälle werden durch Ablenkung des Fahrzeuglenkers - sei dies durch die Umwelt, Mitfahrer oder Mobiltelefone - verursacht.

Mehr als ein Drittel der Unfälle ereignete sich wegen mangelnder Aufmerksamkeit.

Weitere Unfallursachen waren das Nichtbeherrschen des Fahrzeugs (11%), die Beeinträchtigung der Fahrfähigkeit durch Alkohol, Drogen, Medikamente oder Übermüdung (9%), das unvorsichtige Rückwärtsfahren (8%) sowie das Nichtgewähren eines Vortrittrechts (7%).

In die Rubrik andere Unfallursachen (24%) fallen unter anderem ungenügender Abstand, Nichtbeachten von Signalen, unvorsichtiger Spurwechsel, Fahrzeugmängel oder Fehlverhalten von Fussgängern.



8.3. Verkehrsprävention

Ein wirksames Hilfsmittel zur Verhinderung von Verkehrsunfällen ist nach wie vor die Verkehrsprävention. Diese beginnt bereits bei den jüngsten Verkehrsteilnehmern, welche durch zwei Verkehrsinstruktoren der Landespolizei während 187 Lektionen in praktischer und theoretischer Form unterrichtet wurden. Zur praktischen Verkehrserziehung gehört auch die Verkehrsschulungsanlage in Schellenberg, in welcher die Schüler in einem Schonraum verschiedene Verkehrssignale lernen und das korrekte Verhalten im Strassenverkehr mit dem Fahrrad üben können. Allerdings konnten diese aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht durchgeführt werden.

Auch im Berichtsjahr wurde ein Hauptaugenmerk auf die Schulwege gelegt, welche von der Landespolizei – meist in Zusammenarbeit mit der Gemeindepolizei – regelmässig überwacht wurden.

Insbesondere an stark frequentierten Kreuzungen, Kreiseln und Lichtsignalanlagen wurde die Schulwegsicherung durch die beiden Verkehrsinstruktoren während 440 Stunden organisiert und so auf die jüngsten Verkehrsteilnehmer geachtet. Dies ist eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr (2019: 598), da die Schulen im Frühling aufgrund der Covid-19-Pandemie während mehrerer Wochen geschlossen waren.

Die Schwerpunkte der mobilen Geschwindigkeitskontrollen bildeten die Überwachung der Schulwege, die Verkehrsberuhigung sowie die Reaktion auf Bürgermeldungen. Die mobilen Geschwindigkeitskontrollen wurden im normalen Rahmen durchgeführt (2020: 40 / 2019: 47).

Insgesamt wurden fünf Verkehrsüberwachungsanlagen eingesetzt; eine mobile sowie zwei semistationäre Geschwindigkeitsmessanlagen, welche in beide Richtungen messen. Ordnungsbussen mussten 48% mehr (2020: 41'469) an fehlbare Lenker

Verkehrsunterricht und Präventionskampagnen sind wichtige Massnahmen, um Verkehrsunfällen vorzubeugen.

Mit insgesamt fünf Verkehrsüberwachungsanlagen wurden 41'469 Verkehrsübertretungen festgestellt.

ausgestellt werden als im Vorjahr (2019: 27'911). Die Gründe liegen vor allem in der Inbetriebnahme zweier Anlagen an der Austrasse Vaduz sowie Aufträge zur Verkehrsüberwachung von Gemeinden wegen Baustellenumleitungen in Wohnquartieren.

8.4. Verkehrskampagnen und Kontrollen

Die Landespolizei ist während des ganzen Jahres mit verschiedenen Präventionskampagnen aktiv und versucht der Bevölkerung unterschiedlichste Themen näher zu bringen und sie auf die Gefahren hinzuweisen. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und somit das Unfallrisiko zu minimieren wurden auch im Berichtsjahr sieben Kampagnen zusammen mit der Kommission für Unfallverhütung lanciert.

Zur Unterstützung der Verkehrskampagnen sowie zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wurden 101 Verkehrskontrollen, inklusive koordinierte Kontrollen mit dem Ostpol (Ostschweiz) und Tispol (europaweit) im gesamten Land durchgeführt. Dieser Rückgang (2019: 234) ist insbesondere auf den Lockdown im Frühjahr zurückzuführen. Aufgrund der vorgegebenen Schutzmassnahmen nahm der Strassenverkehr merklich ab und die Verkehrskontrollen wurden auf das unbedingt notwendige Mass zurückgefahren, da die Einsatzkräfte der Landespolizei für Überwachungsmaßnahmen an der Grenze zu Österreich eingesetzt wurden. Im Bereich Schwerverkehr wurden 15 kombinierte Verkehrskontrollen (technische, ARV, ADR), teilweise auch in Zusammenarbeit mit dem BAZG vorgenommen.

Eigene Verkehrskampagnen



Zu Beginn der Radsaison wird auf die Wichtigkeit des Tragens eines Velohelms hingewiesen.



Diese Kampagne weist die Fahrzeuglenker auf die Wichtigkeit der Ansnallpflicht hin.



Die Kampagne zum Schulanfang im August macht Fahrzeuglenker auf Kinder im Strassenverkehr aufmerksam.



Die Kampagne #streetfluencer sensibilisiert für die mangelnde Aufmerksamkeit im Strassenverkehr.

Eigene und aus der Schweiz übernommene Kampagnen tragen zur Verkehrssicherheit bei.



Das Thema der besseren Sichtbarkeit von Fussgängern oder Radfahrern in der Dämmerung bzw. der Dunkelheit war auch im Berichtsjahr wieder Thema einer Kampagne.



Im Dezember wies diese Kampagne auf die Risiken von Alkohol am Steuer hin.

Weitere Verkehrskampagne aus der Schweiz



In den Sommermonaten wurden die Motorradfahrer zur Vorsicht aufgefordert.

9 Kriminalität

Bei der polizeilichen Kriminalstatistik handelt es sich um eine «Anzeigenstatistik». Sie beinhaltet Zahlen und Grafiken aller angezeigten Straftaten mit Tatort Liechtenstein, die in der Falldatenbank der Landespolizei erfasst werden. Diese umfassen Gesetze wie das Liechtensteiner Strafgesetzbuch (StGB), das Betäubungsmittelgesetz (BMG), das Ausländergesetz (AUG) sowie weitere Gesetze des Nebenstrafrechts (Strafbestimmungen der Verwaltungsgesetze).

Die Kriminalstatistik widerspiegelt das Kriminalitäts-Hellfeld in Liechtenstein. Daneben muss jedoch auch ein Kriminalitäts-Dunkelfeld angenommen werden. Somit ist die vorliegende Kriminalstatistik lediglich eine Annäherung an die tatsächliche Kriminalitätssituation in Liechtenstein. Um eine aussagekräftigere Beurteilung der Kriminalitätssituation und Kriminalitätsentwicklung zu ermöglichen, wird eine „Interpretierte Kriminalstatistik“ publiziert (vgl. 9.7. und 9.8.).

9.1. Gesamtkriminalität und Aufklärungsquote

Bei der Anzahl Straftatbestände nach dem Strafgesetzbuch gab es im Berichtsjahr eine Zunahme. So wurden 1'131 Straftaten registriert, während es im Vorjahr 1'087 waren. Im Zehn-Jahres-Vergleich liegt die Kriminalitätsbelastung 2020 damit im mittleren Bereich der jährlichen Spannweite von 1'000 bis 1'200 Straftatbeständen.

Die Straftatbestände haben leicht zugenommen, die Aufklärungsrate ist auf 78% gestiegen.

Die Aufklärungsrate ist gegenüber dem Vorjahr um drei Prozentpunkte auf 78% gestiegen, womit die Landespolizei im internationalen Vergleich ausgezeichnet dasteht.

Bei der Berechnung der Aufklärungsquote werden nebst den Tatbeständen des Strafgesetzbuches auch diejenigen des Betäubungsmittelgesetzes berücksichtigt.



9.1.1. Tatverdächtige Personen

Im Berichtsjahr setzten 526 Personen Tatbestände nach dem Strafgesetzbuch, was eine Zunahme von 8% ist. Die Verteilung der Nationalitäten gleicht derjenigen des Vorjahres. 2020 hatten insgesamt 37% der ermittelten Tatverdächtigen die Liechtensteiner Staatsbürgerschaft, während die restlichen 63% eine ausländische Staatsbürgerschaft hatten. Wie bereits in den vergangenen Jahren war auch der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen geringer als jener der männlichen. Lediglich bei 17% der Tatbestände wurden Frauen als Tatverdächtige ermittelt.

Die überwiegende Mehrheit der ermittelten Tatverdächtigen waren Ausländer.

9.2. Jugendgewalt

Im Berichtsjahr konnten 57 (2019: 36) minderjährige Tatverdächtige ermittelt werden, welche insgesamt 84 Gewalttatbestände zu verantworten haben. Diese Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt (2019: 32). Nur neun Tatverdächtige waren weiblich, die restlichen 48 waren männlichen Geschlechtes. 10 der Tatverdächtigen haben das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht, die restlichen 47 waren im Alter von 14 bis 18 Jahren. Sachbeschädigungen machten einen grossen Teil der Tatbestände aus, gefolgt von Körperverletzungen und gefährlichen Drohungen.

57 minderjährige Tatverdächtige wurden insgesamt für 84 Delikte im Bereich Jugendgewalt verantwortlich gemacht.

Betrachtet man die Nationalität der minderjährigen Tatverdächtigen, so zeigt sich, dass im Berichtsjahr 56% der Taten durch liechtensteinische Jugendliche verübt wurden. Dies ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (2019: 81%).

9.3. Rechte Gewalt

Wie in den Jahren zuvor kann auch das Jahr 2020 im Bereich des Rechtsextremismus als ruhiges Jahr bezeichnet werden. Seit vielen Jahren sind in Liechtenstein weder grössere Gewaltvorfälle noch strafrechtlich relevante Ereignisse mit rechtsextremem Hintergrund zu verzeichnen.

Für die Landespolizei gilt im Umgang mit jeder Form von Extremismus ein Null-Toleranz-Ansatz.

9.4. Alpinpolizei

Im Berichtsjahr 2020 wurde die Alpinpolizei zu drei Einsätzen aufgeboden (2019: 6). Einer der Einsätze war eine Amtshilfe für das Amt für Umwelt bei der Kontrolle der Wildruhezonen in Malbun. Bei den anderen beiden Einsätzen ging es um einen Wanderunfall sowie einen medizinischen Notfall beim Wandern.

Die Alpinpolizei unterstützte das Amt für Umwelt bei Kontrollen der Wildruhezonen.

9.5. Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten

Die Anzahl der im Berichtsjahr durchgeführten Hausdurchsuchungen im Auftrag des Landgerichts sowie die freiwilligen Hausnachschaun betragen 104 und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 21 erhöht (2019: 83). Telefonüberwachungsmaßnahmen bzw. Internetüberwachungen im Auftrag des Landgerichts wurden in einem Fall durchgeführt. Die Anzahl der Fälle mit Observationsmassnahmen hat sich mit neun um vier erhöht.

Die Anzahl Personen, welche rückgeführt bzw. ausgeliefert werden mussten, hat sich gegenüber dem Vorjahr mit 24 Personen fast um die Hälfte verringert. Aufgrund negativer Asylentscheide wurden 14 Personen in ihr Heimatland oder in einen Dublin-Staat zurückgeführt und aufgrund eines internationalen Haftbefehls wurden 10 Personen an bzw. von Liechtenstein ausgeliefert. Diese im Vergleich zu den Vorjahren niedrigen Zahlen sind auf die Covid-19 Massnahmen zurückzuführen.

Einen erneuten Rückgang gab es bei den erkennungsdienstlich behandelten Personen (Fingerabdrücke, Foto, Wangenschleimhautabstrich) im Berichtsjahr mit 71 (2019: 84). Die Anzahl der Datensicherungen von Mobiltelefonen, Computern oder ähnlichen Geräten ist mit 257 (2019: 168) markant gestiegen.

Die Anzahl der durchgeführten Datensicherungen ist markant gestiegen.

Die Anzahl der aussergewöhnlichen Todesfälle (Suizide, Leichenfund etc.) hat sich um einen erhöht. So wurden im Berichtsjahr 16 Fälle (2019: 15) registriert. Bei sieben dieser aussergewöhnlichen Todesfälle handelte es sich um Suizide.

Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)	2020	2019
Hausdurchsuchungen / freiwillige Hausnachschaun	104	83
Telefon-/ Internetüberwachungen	1	1
Observationen	9	5
Ausschaffungen/ Auslieferungen (Anzahl Personen)	24	47
Erkennungsdienstliche Behandlungen von Personen	71	84
Datensicherungen	257	168
Aussergewöhnliche Todesfälle	16	15

9.6. Kriminalprävention

Die Landespolizei hat nicht nur einen repressiven Auftrag zur Strafverfolgung, auch die Kriminalprävention fällt in ihre Zuständigkeit. So vermittelt die Landespolizei der Gesamtbevölkerung wie auch speziellen Risikogruppen Informationen, um zu verhindern, dass diese zu Opfern von Straftätern (Viktimisierung) oder aber selbst zu Tätern werden. Letzteres ist vor allem bei der Drogenprävention bei Jugendlichen der Fall.

Präventionsmaterial (Infoblätter, Broschüren, Verhaltensanweisungen etc.) unter www.landespolizei.li

Das Informationsmaterial kann bei der Landespolizei bezogen oder von der Homepage www.landespolizei.li heruntergeladen werden. Ebenfalls auf der Homepage abrufbar sind weitere Informationen zu den unterschiedlichsten Bereichen der Kriminalprävention.

Die für den Präventionsauftrag verfügbaren Ressourcen sind sehr begrenzt, weshalb Anfragen wegen Vorträgen und der Teilnahme an Präventionsveranstaltungen sehr zurückhaltend beantwortet werden.

9.7. Kriminalstatistik

Um die Beurteilung der Kriminalitätsentwicklung in Liechtenstein zu erleichtern, wird seit dem Jahr 2007 eine *interpretierte Kriminalstatistik* publiziert, in der mehrere Tatbestände zu Deliktgruppen und diese zu Kriminalitätsfeldern zusammengefasst werden. Dabei können einzelne Tatbestände auch mehreren Kriminalitätsfeldern zugeordnet werden (z.B. Vergewaltigung zu den Kriminalitätsfeldern „Gewaltdelikte“ und „Sexualdelikte“).

Da es sich um eine verdichtete Auswahl von kriminalitätsfeldspezifischen Tatbeständen handelt, ist ein Vergleich der Werte dieser *interpretierten Kriminalstatistik* mit den Zahlen vor 2007 nur begrenzt möglich. Auch muss ein Kriminalitätsfeld (z.B. Migrationsdelikte) nicht sämtliche spezialgesetzlichen Tatbestände beinhalten (z.B. AuG: Nichtbefolgen der Ausreisefrist).

Ebenso verhält es sich mit der Anzahl der Tatverdächtigen in der interpretierten Kriminalstatistik. Auch hier können Tatverdächtige, wenn sie gleichzeitig unterschiedliche Tatbestände bzw. zeitlich versetzt die gleichen Tatbestände gesetzt haben, mehrfach gezählt werden. Die Summe der Tatverdächtigen der interpretierten Kriminalstatistik entspricht daher nicht dem Total der tatverdächtigen Personen.

9.7.1. Wirtschaftsdelikte

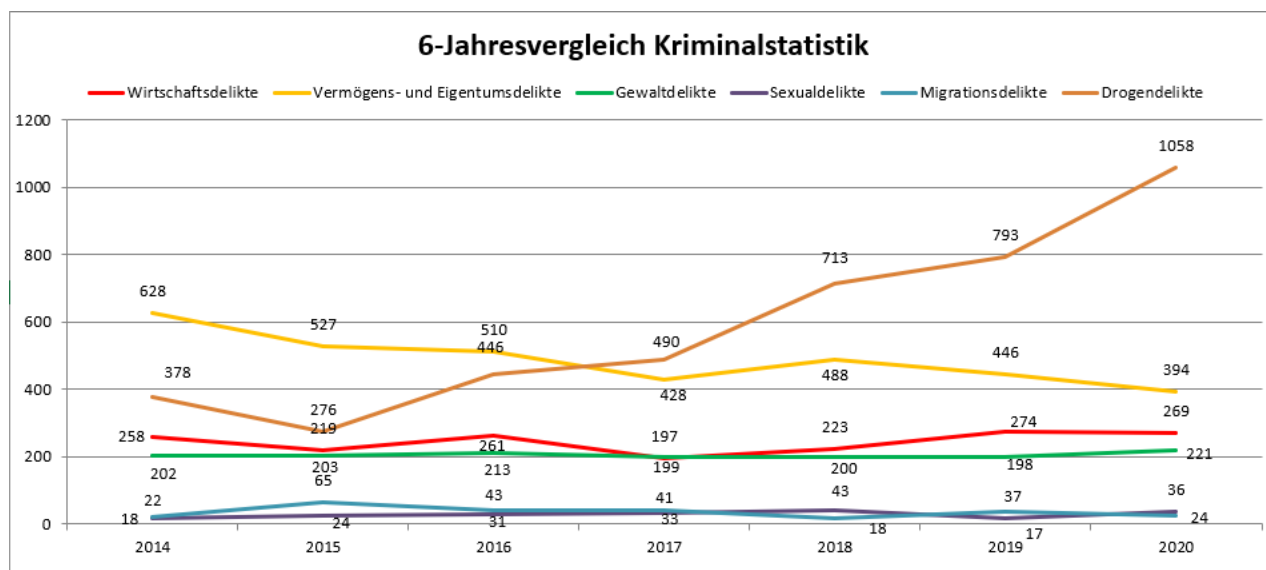
Die Anzahl der Wirtschaftsdelikte reduzierte sich im Berichtsjahr um 2% auf 269 Tatbestände (2019: 274). Am meisten Fälle waren in der Deliktsgruppe Betrug/Untreue mit 176 Tatbeständen zu verzeichnen.

Die Anzahl der Wirtschaftsdelikte reduzierte sich um 2%.

9.7.2. Vermögens- und Eigentumsdelikte

Die Vermögens- und Eigentumsdelikte verringerten sich um 12% von 446 auf 394. Dies stellt die tiefste Zahl im Sechs-Jahres-Vergleich dar. Am meisten begangen wurden Sachbeschädigungen, gefolgt von Diebstählen und Einbruchdiebstählen. Die Einbruchdiebstähle haben sich aufgrund der Corona-Situation erfreulicherweise um 45% auf 59 Tatbestände verringert (2019: 107).

Die Anzahl der verzeichneten Vermögens- und Eigentumsdelikte hat sich verringert.



9.7.3. Gewalt- und Sexualdelikte

Die verzeichneten Straftaten im Bereich der Gewaltdelikte sind gegenüber dem Vorjahr mit 221 Tatbeständen gestiegen (2019: 198). Bei den Tötungsdelikten gab es einen Tatbestand zu verzeichnen, da bei einem erweiterten Suizid ein Tötungsdelikt angezeigt wurde. Die Anzahl der Erpressungen/Entführungen und der Körperverletzungen haben zugenommen, während die Anzahl der Drohungen zurückging und Nötigungen praktisch gleichblieben.

Gewalt- und Sexualdelikte haben im Berichtsjahr leicht zugenommen

Bei den Sexualdelikten mussten mit 36 Tatbeständen 19 Delikte mehr als im Vorjahr registriert werden (2019: 17). Diese Veränderung ist vor allem mit einer Zunahme der Pornographie-Tatbestände begründet (2020: 17; 2019: 9). Die Tatbestände wegen sexuellem Missbrauch Unmündiger sind mit sechs im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen (2019: 4).

9.7.4. Drogendelikte

Die Straftatbestände nach dem Betäubungsmittelgesetz haben im Berichtsjahr erneut stark zugenommen. Diese Zunahme ist auf grössere Verfahren wegen des Verdachts des Cannabis- und/oder Kokainhandels zurückzuführen, bei welchen zahlreiche Konsumenten identifiziert werden konnten. Gegen die Konsumenten wurden in der Folge jeweils eigene Verfahren wegen Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz eröffnet. Es wurden dadurch 1'058 Straftatbestände polizeilich registriert (2019: 793). Die Anzahl der Tatverdächtigen ist um 32 gestiegen (2019: 190). Dies sind 33% mehr Betäubungsmitteldelikte bei 17% mehr Tatverdächtigen als im Vorjahr. Am meisten Verzeigungen gab es mit 862 wegen Eigenkonsum, während es 172 Verzeigungen wegen Produktion / Anbau / Kauf / Verkauf von Drogen gab. In 24 Fällen konnte ein Schmuggel von Betäubungsmitteln nachgewiesen werden. Drogentote mussten im Berichtsjahr keine registriert werden.

Die Anzahl der Drogendelikte nahm erneut stark zu, wobei die meisten Verzeigungen wegen Eigenkonsum erfolgten.

9.7.5. Digitale Kriminalität

Im Bereich der digitalen Kriminalität wurden im Berichtsjahr 62 Straftatbestände polizeilich registriert, was einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr von 88 % entspricht (2019: 33). Meldungen über Massenphänomene (Nigeria-Connection etc.), bei denen kein Schaden entstanden ist, werden nicht als Tatbestand in der Kriminalstatistik aufgeführt. Bei der digitalen Kriminalität wird zwischen Cybercrime im engeren Sinne und Cybercrime im weiteren Sinne unterschieden, wobei die Deliktsgruppe Cybercrime (im engeren Sinne) erstmals im Jahre 2019 in die Kriminalstatistik aufgenommen wurde.

Digitale Begehungsformen von diversen Delikten nehmen stark zu. Dies trifft auch auf die Cyberdelikte im engeren Sinne zu.

Cybercrime im engeren Sinne umfasst alle Straftaten, bei denen Angriffe auf Daten oder Computersysteme unter Ausnutzung der Informations- und Kommunikationstechnik begangen werden. Für die Ermittlung solcher Tatbestände (wie beispielsweise Hacking, Phishing, DDoS-Attacken etc.) sind informationstechnisches Fachwissen und besondere technische Beweisführungsmethoden erforderlich. Die Tatbestände von Cybercrime im engeren Sinne haben sich im Berichtsjahr mit 12 gegenüber dem Vorjahr verdreifacht (2019: 4).

Darüber hinaus beinhaltet die digitale Kriminalität auch Tatbestände von Cybercrime im weiteren Sinne. Hierunter fallen Straftaten, bei denen die Informations- und Kommunikationstechnik zur Planung, Vorbereitung und Ausführung für Straftaten eingesetzt werden. Es handelt sich somit um herkömmliche Kriminaldelikte (wie beispielsweise Wirtschafts- oder Sexualdelikte), die im digitalen Raum verübt werden oder eine digitale Komponente aufweisen. Ein Grossteil der 50 Tatbestände (2019: 29), die Cybercrime im weiteren Sinne zugeordnet werden, betrifft den Cyberbetrug (60 %), gefolgt von Cyber-Sexualdelikten (26 %) und anderen Cyberdelikten (14 %). Diese Reihenfolge ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben.

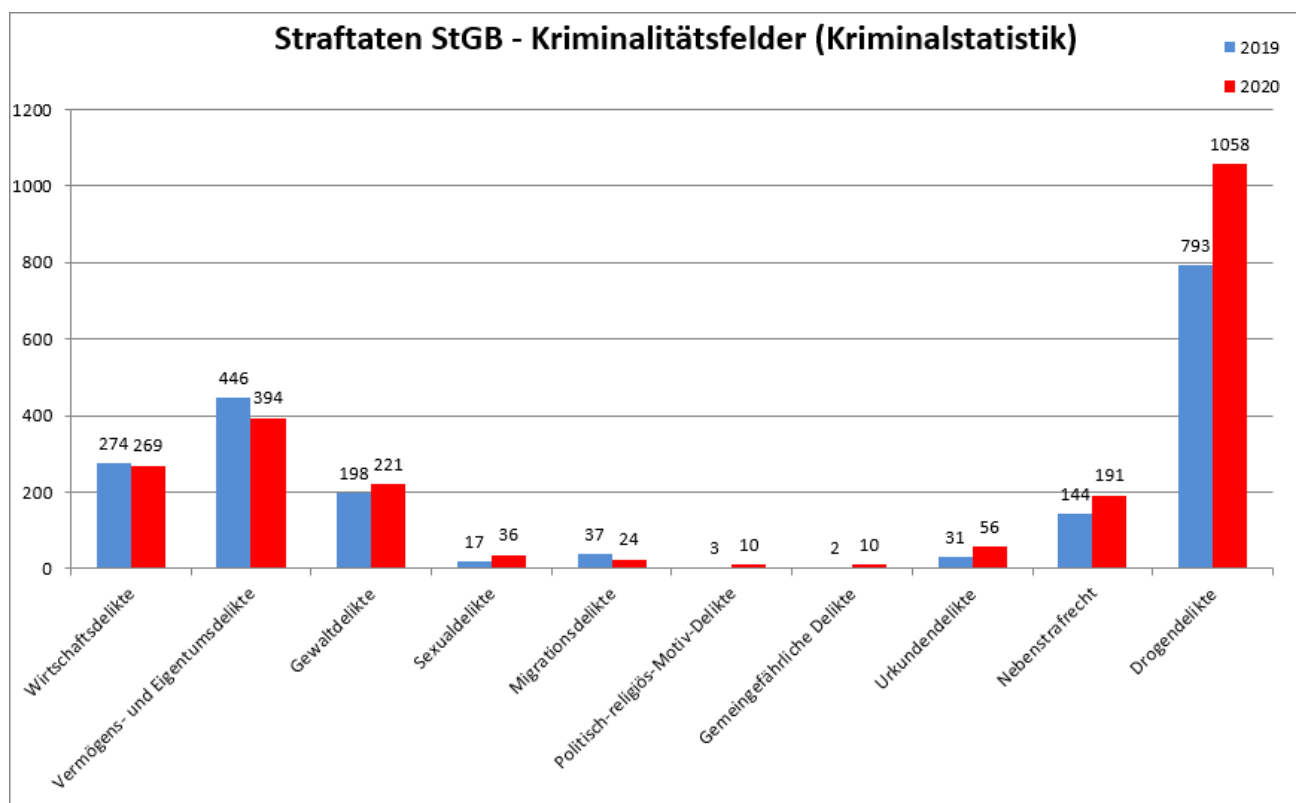
9.7.6. Migrationsdelikte

Im Berichtsjahr ist ein Rückgang bei den Migrationsdelikten von 37 auf 24 zu verzeichnen. Die wesentlichen Verzeigungen erfolgten wegen Widerhandlungen gegen die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen (16). Wegen Beihilfe zur illegalen Einreise (Schleppertätigkeit) wurden drei Straftatbestände verzeichnet.

Die Migrationsdelikte haben sich verringert.

9.7.7. Übriges Nebenstrafrecht

Der Landespolizei obliegt die Verfolgung zahlreicher Straftaten gemäss dem Verwaltungsrecht respektive dem Nebenstrafrecht. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 191 solcher Tatbestände verzeichnet, was eine Zunahme zum Vorjahr (2019: 144) darstellt. Ursächlich dafür ist die starke Zunahme der Übertretungen nach dem Jugendgesetz. Diese haben von 12 auf 45 Tatbestände zugenommen. Die Verstösse gegen das Waffengesetz sind mit 56 Tatbeständen fast gleichgeblieben (2019: 53). Der Tatbestand Sammlung milder Gaben ist mit vier Fällen gleichgeblieben wie im Vorjahr.



9.8. Interpretierte Kriminalstatistik im Überblick

Straftatbestände	2020	2019	Veränderung 2019/18		geklärte TB 2020		ermittelte Tatverdächtige		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Total	unter 18 J.	Ausländer
1. Wirtschaftsdelikte	269	274	-5	-2	182	68	194	6	147
Betrug / Untreue	176	179	-3	-2	116	66	111	0	89
Konkursdelikte	13	9	4	44	11	85	14	0	6
Geldwäsche / OK	58	70	-12	-17	47	81	100	6	84
Abschöpfung / Verfall / Einziehung	0	1	-1	na	0	na	0	0	0
Terrorismusfinanzierung	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Korruption / Insidergeschäfte	10	11	-1	-9	6	60	8	0	2
Cybercrime	12	4	8	200	2	17	1	0	0
2. Vermögen u. Einkommensdelikte	394	446	-52	-12	133	34	125	39	63
Diebstähle	133	178	-45	-25	48	36	21	10	30
davon Motorfahrzeug-Diebstähle	6	4	2	50	2	33	3	2	1
davon Fahrrad-Diebstähle	37	40	-3	-8	3	8	4	1	3
Veruntreuung / Unterschlagung / Sachentziehung	23	23	0	0	16	70	19	5	12
Einbruchdiebstahl	59	107	-48	-45	10	17	10	5	7
Hehlerei	4	1	3	300	2	50	2	1	1
Sachbeschädigung	175	137	38	28	57	33	76	29	28
3. Gewaltdelikte	221	198	23	12	199	90	159	37	89
Tötungsdelikte	1	1	0	0	1	100	1	0	0
Körperverletzung / Raufhandel	86	76	10	13	80	93	97	28	49
Erpressung / Entführung	17	10	7	70	10	59	11	1	7
Raub	4	2	2	100	4	100	12	5	6
Drohung	44	55	-11	-20	39	89	42	7	25
Nötigung	44	42	2	5	42	95	36	5	23
Sexuelle Gewalt	11	6	5	83	11	100	7	0	4
Gewalt gegen Beamte	14	6	8	133	12	86	7	3	3
4. Sexualdelikte	36	17	19	112	33	92	24	7	13
Vergewaltigung / sex. Nötigung	5	1	4	400	5	100	3	0	2
Sex. Missbrauch Unmündiger	6	4	2	50	6	100	3	0	2
Sex. Belästigung / Exhibitionismus	8	3	5	167	6	75	7	1	4
Zuhälterei	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Pornographie	17	9	8	89	16	94	15	6	7
5. Migrationsdelikte	24	37	-13	-35	23	96	22	1	19
Einreise und Aufenthalt	16	19	-3	-16	15	94	19	1	17
Beihilfe	3	5	-2	-40	3	100	3	0	2
Ausweisverwendung	1	1	0	0	1	100	1	0	1
Arbeit	4	12	-8	-67	4	100	5	0	4
6. Politisch religiös motivierte Delikte	10	3	7	233	8	80	9	1	4
Diskriminierung	9	2	7	350	7	78	8	1	3
Terrorismus	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Verbotener Nachrichtendienst	0	1	-1	na	0	na	0	0	0
Ordnungsdelikte	1	0	1	na	1	100	1	0	1
7. Gemeingefährliche Delikte	10	2	8	400	8	80	17	0	6
Branddelikte	9	2	7	350	7	78	7	0	4
Sprengstoffdelikte	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Strahlendelikte	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Umweltdelikte	1	0	1	na	1	100	10	0	2
8. Urkundendelikte	56	31	25	81	37	66	41	10	28
Fälschung von Dokumenten	30	13	17	131	26	87	28	10	18
Geld und Wertpapierfälschung	26	18	8	44	11	42	13	0	10
9. Verwaltung	191	144	47	33	176	92	219	20	121
Waffen / Sprengstoff	56	53	3	6	54	96	62	12	37
Jugendgesetz	45	12	33	275	45	100	56	2	25
Bau / Gewerbe / Handel / Tourismus	8	17	-9	-53	7	88	7	0	3
Banken / Treuhänder / Sorgfaltspflicht	8	8	0	0	8	100	26	0	16
Schutz Geheimbereich / Arbeit / geist. Eigentum	4	4	0	0	3	75	4	1	0
Tierschutz / Jagd / Fischerei / Hundehaltung	11	14	-3	-21	6	55	6	0	3
Gesundheit / Umwelt / Abfall	13	11	2	18	13	100	14	3	6
Polizeiunde / Ruhe / Ordnung	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Übriges Verwaltungsrecht	46	25	21	84	46	100	59	3	37
10. Drogendelikte	1058	793	265	33	1004	95	222	76	108
Eigenkonsum	862	632	230	36	809	94	213	76	102
Produktion / Anbau / Kauf / Verkauf	172	142	30	21	171	99	94	42	37
Schmuggel	24	19	5	26	24	100	25	7	15
11. Kripo-Ereignisse ohne Tatbestand	55	45	10	22	0	0	0	0	0
Vermisstfälle	29	17	12	71	0	0	0	0	0
Brände	10	13	-3	-23	0	0	0	0	0
Aussergewöhnliche Todesfälle	16	15	1	7	0	0	0	0	0
Suizide	7	4	3	75	0	0	0	0	0
Drogentote	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Tod Krankheit / Unfälle ohne Verkehr	9	11	-2	-18	0	0	0	0	0

10 Internationale polizeiliche Zusammenarbeit

Die Einheit Internationale Polizeikooperation (IPK) ist die zentrale Drehscheibe und Koordinationsstelle der Landespolizei für den internationalen Informationsaustausch. Darunter fallen INTERPOL, das SIRENE-Büro im Rahmen des Schengen-Informationsaustausches, EUROPOL, die Funktion einer Nationalen Kontaktstelle zu FRONTEX (Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache) sowie die Schweizer Fahndungs- und Kommunikationssysteme. Mit einer zentralen Eingangsstelle hat die Landespolizei in der Polizeizusammenarbeit eine effiziente und schlanke Lösung, um die zahlreichen über die unterschiedlichen Kanäle eingehenden Anfragen speditiv bearbeiten zu können. Der Rückgang einzelner Zahlen ist auf den weltweiten Rückgang der Reisemöglichkeiten sowie von Covid-Schutzmassnahmen zurückzuführen (beispielsweise Grenzschiessungen, Aussetzen von Fahndungsmassnahmen, Homeoffice in den Partnerstellen, usw.).

10.1. Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit

Auch 2020 haben die Migration und die damit einhergehende Kriminalität sowie die vom internationalen Terror ausgehenden Gefahren den internationalen polizeilichen Informationsaustausch stark beeinflusst. Auf europäischer Ebene standen die Erarbeitung von europäischen Rechtsgrundlagen sowie technischen Massnahmen für eine optimierte Polizeizusammenarbeit und einem verbesserten Aussengrenzschutz im Mittelpunkt.

10.2. Schengen/SIRENE

Das zentrale Element in der Schengener Polizeizusammenarbeit ist die europaweite polizeiliche Fahndungsdatenbank, das sog. Schengener Informationssystem (SIS). Das SIS enthielt Ende 2020 über 93 Millionen Datensätze (2019: 91 Mio.), in welchem die Polizeibehörden Personen- und Sachfahndungsdaten erfassen, welche jedem Polizeibeamten in ganz Europa sofort zur Verfügung stehen.

Im Berichtsjahr wurden aufgrund von Fahndungen im Schengener Informationssystem im Ausland zehn (2019: 107) von Liechtenstein zur Verhaftung ausgeschriebene Personen angehalten und inhaftiert.

Die liechtensteinische Justiz veranlasst zudem Personenfahndungen zum Zwecke der Aufenthaltsermittlung. Dank dem Schengener Informationssystem gelangen Informationen über den Aufenthalt von Zeugen und anderen Verfahrensbeteiligten öfter und früher ein, wodurch hängige Verfahren effizient und zügig erledigt werden können. Im Berichtsjahr wurden für das Landgericht im Schengenraum die Aufenthaltsorte von 169 Gesuchten (2019: 163) ermittelt. Regelmässig werden auch Personen in Liechtenstein kontrolliert, welche sich illegal aufhalten bzw. mit einer Schengen-Einreiseperrre belegt sind (2020:7 / 2019:7).

Im Rahmen von Schengen wurden von liechtensteinischen Strafverfolgungsbehörden 890 Anfragen an europäische Polizeistellen gestellt (2019: 967), während 34'160 Auskunftsersuchen (2019: 37'153) aus den Schengen-Ländern eingelangt sind.

Durch die optimierte grenzüberschreitende Polizeikooperation wird unser Land als verlässlicher Partner bei der Kriminalitätsbekämpfung wahrgenommen. Die internationale Kooperation ist auch bei neu auftretenden Phänomenen sehr wertvoll und wird intensiv gepflegt und genutzt. Bei der zukünftigen Schengen-Weiterentwicklung

890 Anfragen stellten die Liechtensteiner Strafverfolgungsbehörden an andere Schengenstaaten.

wird unter anderem der Bereich Abfrage und Speicherung von Fingerabdrücken im Schengener-Informationssystem im Fokus stehen.

10.3. Nationales Zentralbüro Interpol

Neben Schengen ist INTERPOL mit seinen 190 Mitgliedstaaten weltweit für die Landespolizei weiterhin ein unerlässlicher Partner in der täglichen Polizeikooperation. Jedem Polizisten stehen die Fahndungsinformationen von Interpol elektronisch zur Verfügung.

1'173 Anfragen stellen die Liechtensteiner Strafverfolgungsbehörden an Polizeibehörden weltweit.

Im Berichtsjahr haben die Anfragen von INTERPOL Vaduz an ausländische Polizeistellen auf 1'173 (2019: 803) stark zugenommen. Im gleichen Zeitraum verbreiteten ausländische Behörden im Rahmen von INTERPOL 21'715 Anfragen weltweit, welche auch an Liechtenstein gerichtet waren (2019: 31'819).

10.4. Fahndungstreffer

Im Berichtsjahr konnten wiederum zahlreiche Personen- und Sachfahndungstreffer erzielt werden (SIS, INTERPOL und weitere Fahndungssysteme). Mit 270 Fahndungstreffern, davon 113 im Inland (2019: 130) und 157 im Ausland (2019: 222), waren diese 22% niedriger als im Vorjahr (2019: 352). Die Festnahmen innerhalb Liechtensteins erhöhten sich auf 15 (2019: 5).

Aufgrund der Fahndungsausschreibungen der Landespolizei wurden im Ausland 157 Hits erzielt.

10.5. Europol

Die Zusammenarbeit mit Europol wurde in der bewährten Weise fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von Liechtenstein an ausländische Polizeistellen auf dem EUROPOL-Kanal 643 Anfragen (2019: 627) durchgeführt. Ausländische Behörden richteten auf diesem Kanal 1'611 Anfragen (2019: 1'680) an Liechtenstein.

10.6. Grenzüberschreitende Vernetzung

Dank der Teilnahme bei INTERPOL, Schengen sowie EUROPOL ist die Landespolizei international sehr gut vernetzt. Im Verbund mit der Schweiz beteiligt sich die Landespolizei am Schweizerischen Fahndungssystem RIPOL sowie an der kriminalpolizeilichen Kommunikationsplattform VULPUS. Über letzteres Mailsystem gingen 3'459 (2019: 3'987) kriminalpolizeiliche Sachverhaltsmeldungen ein.

Regional stellen die Mitgliedschaften bei der Polizeichefvereinigung Bodensee und dem Ostschweizer Polizeikonkordat eine optimale grenzüberschreitende Zusammenarbeit sicher. Erfreulich, dass im Bodenseeraum in Zusammenarbeit mit Europol ein sicheres Kommunikationssystem auf regionaler Ebene realisiert werden konnte. Ende Jahr wurde ein von der Polizeichefvereinigung Bodensee initiiertes Projekt abgeschlossen, das den sicheren Informationsaustausch (SIENA) zwischen Polizeibehörden in Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen und Liechtenstein ermöglicht. Dieses Projekt wird von Europol als Vorzeigebispiel für gute Polizeikooperation auch in anderen europäischen Regionen gewertet.

Sicherheit kann heute nur noch im internationalen Verbund gewährleistet werden. Dies gilt für Liechtenstein mehr als für jedes andere Land.

Zudem pflegt der Polizeichef sowohl einen jährlichen Informationsaustausch mit seinen Kollegen aus Österreich und der Schweiz wie auch mit den Polizeichefs sämtlicher Schengen Staaten im Rahmen der jährlichen European Police Chief Conference EPCC. Aufgrund der Pandemie konnten diese Netzwerke im Berichtsjahr leider mehrheitlich nur im Rahmen von Videokonferenzen gepflegt werden.

Nichtsdestotrotz sind diese internationalen und regionalen Netzwerke für eine erfolgreiche Polizeiarbeit in Liechtenstein unerlässlich. Denn Sicherheit kann heute nur noch im internationalen Verbund gewährleistet werden. Dies gilt für einen Kleinstaat wie Liechtenstein noch mehr als für jedes andere Land.

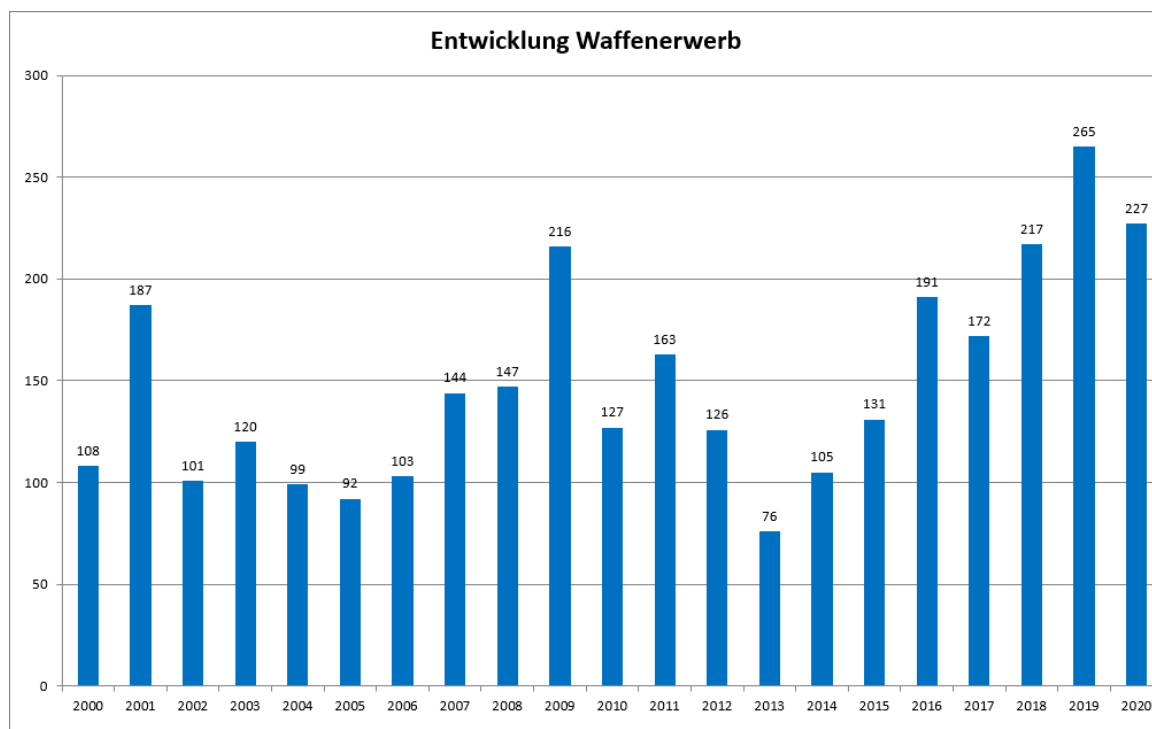
Tätigkeiten und Dienstleistungen der Internationalen Polizeikooperation (Auszug)	2020	2019
Schriftverkehr von FL an ausländische Behörden im Rahmen von INTERPOL	1'173	803
Schriftverkehr ausländischer Behörden an FL im Rahmen von INTERPOL	21'715	31'819
Schriftverkehr von FL an ausländische Behörden im Rahmen von Schengen	890	967
Schriftverkehr ausländischer Behörden an FL im Rahmen von Schengen	34'160	37'153
Schriftverkehr von FL an ausländische Behörden im Rahmen von EUROPOL	643	627
Schriftverkehr ausländischer Behörden an FL im Rahmen von EUROPOL	1'611	1'680
Fahndungstreffer (SIS, RIPOL, INTERPOL, FL-Fahndungsliste)	270	352

11 Waffen

Im Waffenregister der Landespolizei sind rund 9'900 Waffen und wesentliche Waffenbestandteile erfasst. Wie viele Waffen es insgesamt in Liechtenstein gibt, kann nicht exakt festgestellt werden, da im Waffenregister nicht alle Waffen registriert sind. Die Gründe dafür sind, dass einerseits bestimmte Waffenkategorien erst seit Inkrafttreten des geltenden Waffengesetzes am 01. Juli 2009 im Register erfasst werden und die Nacherfassung nur bestimmte Jagd- bzw. Sportwaffen betraf. Es muss auch davon ausgegangen werden, dass nach wie vor nicht alle registrierungspflichtigen Waffen der Landespolizei gemeldet wurden.

11.1. Waffenerwerbsscheine

Die Anzahl der ausgestellten Waffenerwerbsscheine hat sich im Berichtsjahr reduziert. So wurden 227 solcher Waffenerwerbsscheine ausgestellt, im Vorjahr waren es 265.



11.2. Waffentragbewilligungen

Jede Person, die in Liechtenstein eine Waffe tragen will und ein begründetes Bedürfnis dafür nachweisen kann, muss eine theoretische sowie praktische Prüfung bei der Landespolizei ablegen. Die Anzahl der ausgestellten Waffentragbewilligungen hat im Berichtsjahr um 15 auf 30 abgenommen (2019: 45).

11.3. Europäischer Feuerwaffenpass

Der Europäische Feuerwaffenpass erleichtert den grenzüberschreitenden Verkehr mit Feuerwaffen insbesondere für Jäger und Sportschützen. Die Anzahl der ausgestellten Europäischen Feuerwaffenpässe im Berichtsjahr hat leicht abgenommen, es wurden 24 solcher Pässe ausgestellt (2019: 28). Eine Schwankung in diesem Bereich hat keine nennenswerten Hintergründe.

12 Landesgefängnis

12.1. Covid19-bedingte Besonderheiten

Im Zuge der Schutzvorkehrungen gegen Covid19 wurden ab Frühjahr 2020 verschiedene Massnahmen ergriffen, um das Risiko von Virusinfektionen im Landesgefängnis möglichst zu reduzieren. Der Umstand, dass aufgrund österreichischer Schutzmassnahmen über Monate keine Insassen in österreichische Justizvollzugsanstalten überführt werden konnten, hat zu einer Erhöhung der Inhaftierungen nach Strafprozessordnung (42) geführt. Dies auch insbesondere im Vergleich zu den neu verhängten Untersuchungshaft (19).

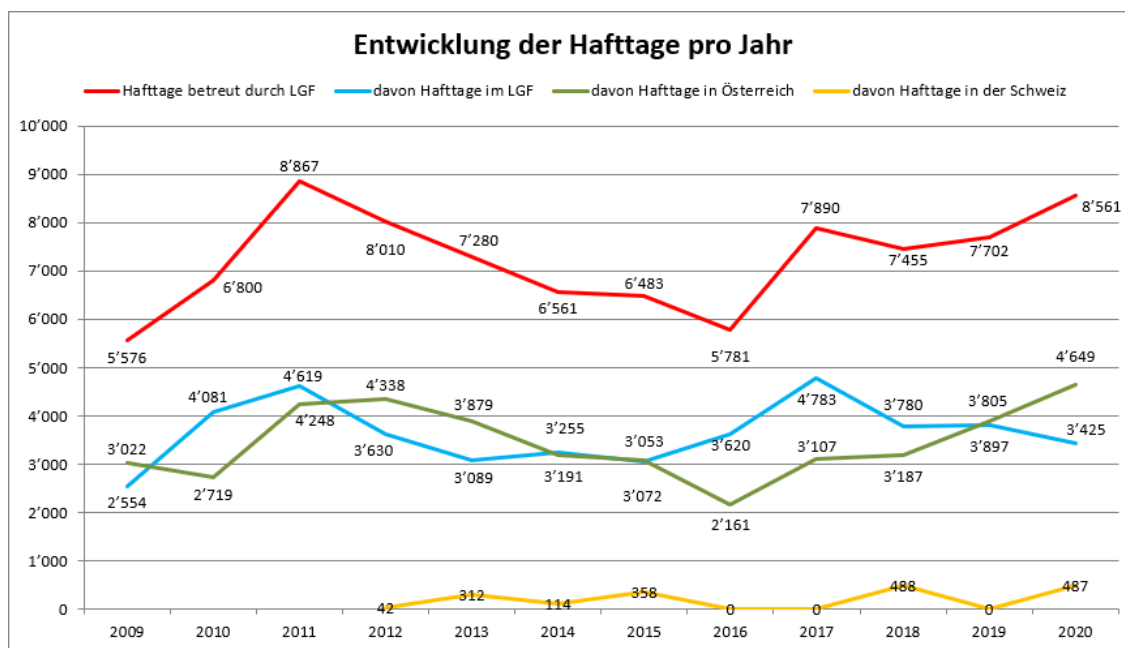
Dank dem Schutzkonzept, das für Neueintritte eine obligatorische Quarantäne und Besucherkontakte ausschliesslich getrennt durch eine Glasscheibe vorsieht, kam es zu keinen Infektionen von Insassen. Auch wurden im Landesgefängnis die technischen Voraussetzungen geschaffen, damit Justiz- und Polizeianghörige notwendige Befragungen via Videokonferenz durchführen können.

12.2. Belegung im Landesgefängnis

Im Berichtsjahr waren im Landesgefängnis in Vaduz insgesamt 57 Personen inhaftiert, dies sind 14 Person mehr als im Vorjahr. Der grösste Teil der Häftlinge war Männer (53), während lediglich vier Frauen inhaftiert waren. Die Anzahl der Hafttage hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 8'561 erhöht. Davon wurden 3'425 Tage in Vaduz und 4'649 in österreichischen Justizvollzugsanstalten verbüsst.

Inhaftierungen Landesgefängnis	2020	2019
Inhaftierungen total	57	43
davon Männer	53	41
davon Jugendliche	3	
davon Frauen	4	2
davon Jugendliche	1	
Hafttage total	3'425	3'805
davon Männer	3'255	3'715
davon Frauen	170	90
Inhaftierungen nach Gesetzen / Gründen	57	43
davon Strafrecht (total)	42	27
davon Ausländergesetz	7	9
davon Polizeigesetz	3	5
davon RHE/ Auslieferung	2	2
davon Ersatzfreiheitsstrafen	3	-

Die häufigsten Gründe für Inhaftierungen sind nach wie vor Verstösse gegen das Strafgesetzbuch, gefolgt von jenen im Bereich des Ausländergesetzes bzw. Ausschaffungen, Polizeihaft sowie Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen.



12.3. Betreuung

Insgesamt 495 reguläre Besuche wurden im Berichtsjahr den Insassen im Landesgefängnis registriert. Zusätzlich erhielten Inhaftierte 189 Besuche von ihrem Rechtsbeistand sowie 79 Besuche von psychosozialen Fachpersonal. Der Gefängnisarzt war insgesamt 46 Mal im Landesgefängnis und führte dabei 107 Konsultationen durch.

Im Landesgefängnis wurden 2020 mehr Hafttage verbüsst.

12.4. Untersuchungshaft

Personen, welche aus gesetzlich bestimmten Gründen schon während des Untersuchungsverfahrens wegen des Verdachts der Begehung einer Straftat in Haft genommen werden, befinden sich in Untersuchungshaft. Im Berichtsjahr mussten im Vergleich zum Vorjahr mehr neu verhängte Untersuchungshaft verzeichnet werden. Von den insgesamt 19 im Berichtsjahr verhängten Untersuchungshaft hatten drei Personen die liechtensteinische Staatsbürgerschaft, acht Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit mit Wohnsitz in Liechtenstein, während die restlichen acht Untersuchungshäftlinge ausländische Staatsangehörige mit Wohnsitz im Ausland waren.

Untersuchungshaft	2020	2019
Untersuchungshaft total	19	13
davon Liechtensteinische Staatsangehörige	3	1
davon ausl. Staatsangehörige mit Wohnsitz in FL	8	1
davon ausl. Staatsangehörige mit Wohnsitz im Ausland	8	11

12.5. Strafvollzug im Ausland

Aufgrund des Staatsvertrages mit Österreich aus dem Jahr 1983 werden Freiheitsstrafen verurteilter Straftäter primär in österreichischen Strafvollzugsanstalten verbüsst. Dasselbe gilt für den Vollzug gerichtlich angeordneter Massnahmen. Seit

Auch 2020 wurden Häftlinge in Österreichischen Strafanstalten untergebracht.

Beginn des Jahres 2017 werden aufgrund der Neuausrichtung des Strafvollzugs auch kürzere Freiheitsstrafen nicht mehr in Vaduz vollzogen, da die gesetzlichen Anforderungen an einen zeitgemässen und gesetzeskonformen Strafvollzug nicht mehr vollumfänglich erfüllt werden können (z.B. Beschäftigung, Freizeit usw.). Mit dem Kanton St. Gallen ist vereinbart, dass die Strafanstalt Saxerriet für den Entlassungsvollzug Liechtensteiner Häftlinge genutzt werden kann.

Verlegungen ins Ausland zum Vollzug von Freiheitsstrafen oder Massnahmen werden in der Regel veranlasst, sobald die Urteile rechtskräftig sind. So waren im Berichtsjahr insgesamt 17 Häftlinge während 4'649 Hafttagen, davon 212 Tage durch eine Jugendliche, in österreichischen Anstalten zum Vollzug ihrer Strafen oder Massnahmen untergebracht. Das sind drei Personen mehr und entsprechend mehr Hafttage als im Vorjahr (2019: 3'897). Die vorübergehende Covid-19-bedingte Unmöglichkeit der Verlegung von Insassen aus Vaduz in österreichische Justizvollzugsanstalten hat sich auf diese Zahl nicht nennenswert ausgewirkt, da die meisten Insassen in österreichischen Anstalten mehrjährige Freiheitsstrafen verbüssen. In Saxerriet/CH waren 2020 sechs Personen während 487 Tagen inhaftiert.

Covid machte Verlegung von Insassen nach Österreich vorübergehend unmöglich.